FDP Büdingen

FDP-HERBSTWANDERUNG: „KEINE WINDENENERGIEANLAGEN IM WALD!“

27.10.2020

Am vergangenen Wochenende führten die Freien Demokraten Büdingen gemeinsam mit dem FDP-Kreisverband eine Herbstwanderung zum Thema „Windkraftanlagen im Wald“ durch, um sich über die kürzlich ausgewiesenen Vorrangflächen für Windkraftanlagen im Büdinger Wald zu informieren. Etwa 20 Personen aus Büdingen und den Stadtteilen, aber auch aus Nidda und Friedberg, waren der Einladung gefolgt und nahmen bei schönstem Herbstwetter an der Wanderung teil.

„Es freut mich, dass sich so viele Interessierte über die möglichen Standorte für Windkraftanlagen in unserem heimischen Wald informiert haben“, konstatierte Mitorganisatorin und Büdinger FDP-Stadtverordnete Andrea Rahn-Farr bei ihrer Begrüßung. Mit Hilfe einer Karte der Vorrangflächen, welche auf der Homepage des RP Darmstadt unter dem Suchbegriff „Teilplan Erneuerbare Energien“ (TP EE) zu finden ist, erklärte sie der Gruppe die Wanderroute. Entlang der Reffenstraße führte die Route durch wunderschöne alte Eichen- und Buchenbestände vorbei an den ausgewiesenen Windkraft-Vorrangflächen.

Für die Freien Demokraten steht auch nach der Wanderung fest, dass Windkraftanlagen öffentliche Akzeptanz benötigen. „Wir Freie Demokraten wollen die Interessen der Bürgerinnen und Bürger in der Energiepolitik unterstützen. Vor allem die Energieerzeugung durch Windkraftanlagen stößt bei immer mehr Menschen auf Widerstand, weil damit oft massive Eingriffe in die Lebensqualität der Anwohnerinnen und Anwohner sowie – wie hier bei den geplanten Windkraftanlagen in Mitten eines intakten Waldes – mit drastischen Eingriffen in die Natur und das Landschaftsbild verbunden sind“, stellte der FDP-Fraktionsvorsitzende in der Büdinger Stadtverordnetenversammlung, Wolfgang Patzak, fest. Vor allem der Blick auf die mittelalterliche Büdinger Altstadt würde

Abgerufen am 13.11.2026 unter https://xn--fdp-bdingen-xhb.de/?p=1011

durch einen Windpark stark beeinträchtigt. „Bei der Ronneburg und auch bei der Münzenburg hat die Behörde die Pläne aus denkmalschützerischen Erwägungen fallen lassen. Warum nicht auch hier?“, so fragte Wolfgang Patzak.

Interessante Anmerkungen zu aktuellen Entwicklungen bei der Energiewende gab Dr. Horst Heidsieck, der sich als Diplom-Physiker zusammen mit anderen kompetenten Ingenieuren in der „Arbeitsgruppe Energy Reality“ mit Fragen der zukünftigen Energieversorgung beschäftigt. „Ich erinnere daran, dass Solar- und Windkraftanlagen grundsätzlich nicht grundlastfähig sind – d.h., sie können nicht zu jeder Zeit die Strommenge liefern, die die Verbraucher gerade benötigen - und dass die damit zwingend verbundene Speicherproblematik nicht gelöst sei. Auf absehbare Zeit sei auch zumindest keine wirtschaftliche Lösung in Sicht“, erklärte Dr. Heidsieck.

Die Arbeitsgruppe hatte unter anderem ausgerechnet, dass z.B. ca. 1 Mrd. Akkus, wie sie heute im Tesla verbaut werden, erforderlich sind, um in wind- und sonnenarmen Zeiten ausreichend Strom zur Verfügung zu haben. Und das auch nur bezogen auf den heutigen Strombedarf, also ohne zusätzliche Verbraucher aus den Sektoren Verkehr und Gebäuden.

Er wies auch darauf hin, dass derzeit viel über Wasserstoff als Speichermedium geredet werde, aber man müssen beachten, wie dieser Wasserstoff hergestellt werde. Es bestehe zwar die Hoffnung, auf diese Art den sogenannten „Überschussstrom“, den zwar alle Stromkunden in Deutschland bezahlen würden, der aber heute insbesondere in Österreich und der Schweiz gegen Gebühr „verklappt“ werde, zukünftig selber zu nutzen, um mittels Elektrolyse sogenannten „grünen“ Wasserstoff zu erzeugen. Allerdings erscheine der Betrieb einer Elektrolyse im „Stop-and-Go-Betrieb“ zumindest aus betriebswirtschaftlicher Sicht problematisch. Und in wind- oder sonnenarmen Zeiten eine Elektrolyse mit Atomstrom aus Frankreich oder Kohlestrom aus Polen zu betreiben, sei ja nicht gerade zielführend.

Interessant seien daher technologische Entwicklungen, wie sie in Europa insbesondere in Norwegen und den Niederlanden vorangetrieben würden. Dort werde Erdgas (Methan = CH4) in Wasserstoff (H2) und Kohlendioxid (CO2) aufgespalten und anschließend das unerwünschte CO2 in ausgebeuteten Gasfeldern dauerhaft eingelagert, wo es sogar je nach Beschaffenheit des Gesteins mineralisieren könne. Der so erzeugte „blaue“ Wasserstoff könne dann über bestehende Gas-Pipelines in größeren Mengen auch nach

Abgerufen am 13.11.2026 unter https://xn--fdp-bdingen-xhb.de/?p=1011

Deutschland geliefert werden.

Dr. Heidsieck verwies in diesem Zusammenhang darauf, dass sich auf jeden Fall ein Blick nach Japan lohnen würde, wo bereits seit Jahren konsequent die Nutzung von blauem Wasserstoff für die Energieversorgung des Landes vorangetrieben werde. Dieser werde z.B. zukünftig in flüssiger Form von Australien nach Japan transportiert. Die entsprechenden Anlagen stünden kurz vor der Fertigstellung. Interessant sei auch, dass Japan im Bereich der Individual-Mobilität neben batteriebetriebenen Fahrzeugen seit einiger Zeit auch die Entwicklung von PKWs mit Brennstoffzellen-Antrieb forciere und dabei auch Partnerschaften mit chinesischen Herstellern eingehe. Ziel des Konsortiums unter der Führung von Toyota sei es, die Herstellkosten von Fahrzeugen mit einem Brennstoffzellen-Antrieb schnellstmöglich zu senken.

Die Liberalen erinnerten daran, dass für eine Errichtung einer Windenergieanlage eine Freifläche von ca. 1 ha benötigt werde. Für die nötige Infrastruktur wie Zufahrtswege, die Verlegung von Erdkabeln oder die Errichtung von Stromkabeln würden breit asphaltierte Straßen in den Wald gelegt, die Schwerlastfahrzeugen ganzjährig den Zugang ermöglichten. Gleichzeitig müssten die Fundamente der Anlagen, die eine Tiefe von bis zu 25 Metern erreichen könnten, sicher vor Wasserdruck aus Grund- und Niederschlagswasser geschützt werden. Diese Versiegelung von Bodenflächen könne die Wasserversorgung der umliegenden Gebiete beeinträchtigen und wasserführende Schichten zerstören.

Für die heimischen Freien Demokraten ist deshalb klar: „Die Aufstellung weiterer Windkraftanlagen ohne Speicherkonzept oder Nutzungskonzept für überschüssigen Strom ist rechtfertig nicht die Zerstörung und Industrialisierung von Landschaften. Unsere Waldflächen, Nationalparke, Naturschutzgebiete und Biosphärenreservate müssen als Standort für Windenergieanlagen ausgeschlossen werden. Diese Gebiete haben vielseitige Facetten, dienen beispielsweise als Erholungsort, als Lebensraum für Tiere und insbesondere als natürliche CO2-Speicher. „Diese Räume gilt es zu schützen und nicht zu zerstören“, stellten Rahn-Farr und Patzak fest.

Abgerufen am 13.11.2026 unter https://xn--fdp-bdingen-xhb.de/?p=1011